

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 3

Artikel: Ohne einen einzigen Schuss 3. Unser gewaltloser Weg ist ein Beispiel für Frankreich : Leitfaden zur friedlichen Machtergreifung durch die KP
Autor: Kozak, Jan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094660>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ohne einen einzigen Schuss

Unser gewaltloser Weg ist ein Beispiel für Frankreich

Leitfaden zur friedlichen Machtergreifung durch die KP

Von Jan Kozak

Wenn heute kommunistische Parteien Westeuropas, wie die KPI oder die KPF, sich von ihren sozialdemokratischen oder christlichsozialen Partnern bescheinigen lassen, dass sie «selbstverständlich» ganz anders geartet seien als etwa die Sowjets, nämlich demokratischer, wie das den Verhältnissen in entwickelten Industrieländern entspreche, so sieht man einmal generell darüber hinweg, dass eine kommunistische Herrschaft noch nie Demokratie gebracht hat und dass angeblich neue Modelle immer nur vor Tisch (Kuba!) verkündet worden sind.

Aber man vergisst auch ganz konkret, dass jenes entwickelte und demokratische Industrieland, in dem die Einführung des kommunistisch verstandenen Sozialismus angeblich so ganz andere Ergebnisse zeitigen wird, schon einmal bestanden hat. Es war die Tschechoslowakei von 1945 bis 1948. Dort beschränkt man in plakatierte Abweichung vom Weg der Oktoberrevolution (die übrigens ein Putsch war) den angeblich legalen, demokratischen und gewaltlosen Weg, begleitet von Parolen, die den Parolen unserer westeuropäischen KP's von heute durchaus entsprechen. Und was ist daraus geworden? Die totale Sowje-

tisierung nach 1948 (und die Resowjetisierung nach 1968 bis in die Gegenwart). Auf Westeuropa nicht übertragbar? Es ist schon komisch: Je massgeblicher die Sowjetunion wird, desto unmassgeblicher nennt man sie. So läuft die Rechtfertigung vor der eigenen Anpassung an die Macht.

Dabei ist der eigene Weg zum uneigenen Ziel von der KPTsch selbst als Modell für Westeuropa herausgestellt worden. Sehr ausdrücklich tut das auch Jan Kozak in seiner Studie, mit deren Veröffentlichung wir heute fortfahren. Wir waren bis zum Punkt gekommen, wo er die Güte von sogenannten Massenorganisationen preist, die sich nicht als KP-Ablagen bezeichnen, aber zuverlässig unter kommunistischer oder wenigstens kommunistenfreundlicher Führung stehen: «Dieses Netz umfassender Massenorganisationen wurde von den Kommunisten genutzt, um ihre Politik und ihre Lösungen zu popularisieren, die Initiative der Massen zu wecken und zu organisieren und die verschiedenen Formen und Aktionen des Druckes 'von unten' zur Durchführung ihrer Politik in Anwendung zu bringen.» Kozak fährt fort:

durch den von den Machtorganen, besonders den Nationalkomitees und der Regierung, ausgeübten Druck «von oben» neue Formen des Druckes «von unten», die der Situation der fortschreitenden Machtergreifung durch die Arbeiterklasse entsprachen. *Diese Formen verdienen besonders hervorgehoben zu werden. Es sind die Organisation einer umfassenden Aufbaubewegung auf der Basis freiwilliger Brigaden (Kohle, Ernte, Maschinen usw.) und die Förderung des Wettbewerbs in der Produktion innerhalb der Fabrik und auf Staatsebene.* Diese «konstruktiven» Formen des Druckes «von unten» stärkten die allumfassende Position des volksdemokratischen Staates. (...)

Die dritte ausserordentlich wertvolle Erfahrung unserer Arbeiterklasse ist die schöpferische Anwendung der von Lenin stark betonten Grundbedingung des Druckes «von unten», d. h. die *Bewaffnung des Proletariats.* (W. I. Lenin hob in seinem Werk «Zwei Taktiken» zwei Grundbedingungen für den Druck «von unten» hervor: das Proletariat muss bewaffnet werden, da die Gefahr eines Bürgerkrieges besteht, und das Proletariat muss von einer revolutionären Arbeiterpartei geführt werden.)

Die antibourgeoisien Massnahmen von Protestversammlungen bis Generalstreik wurden «von den Kommunisten genutzt», um ihre Politik durchzusetzen.

Die zweite im Kampf «von unten» gewonnene Erfahrung ist der vielseitige Gebrauch geeigneter Formen des ausgeübten Druckes durch die Volksmassen. Diese Formen entsprachen der komplizierten Klassensituation, als die Arbeiterklasse die Macht ergriff, während die Bourgeoisie noch einen Teil der Macht in Händen hielt. Einerseits wurden die alten, bewährten Formen des Kampfes der Volksmassen angewandt, Formen, die mit der revolutionären Initiative und Entschlossenheit der Arbeiter in Einklang standen und dem Grad des von der Bourgeoisie geleisteten Widerstandes entsprachen: *Einberufung von Protestversammlungen, Einbringen von Resolutionen, Entsendung von Delegationen, organisierte Massendemonstrationen und endlich Streiks einschliesslich des Generalstreiks* (bis im Februar 1948 endlich der offene politische Zusammenstoss mit der Bourgeoisie zustande kam).

Die Stärke und Schlagkraft der Einzelaktionen des Druckes «von unten» wurden bei Bedarf ständig vergrössert und durch aussergewöhnliche Organisationsformen gesichert. Eine besonders hervorragende Rolle spielten dabei der «Kongress der Betriebsräte» und der «Kongress der Bauernkommissionen» (z. B. während der Lösung der politischen Krise in der Slowakei im Herbst 1947 im Kampf für die Nationalisierung der privatkapitalistischen Unternehmen mit über 50 Beschäftigten sowie des gesamten einheimischen und ausländischen Grosshandels, als die Forderung einer Reform des Grundbesitzes über 50 ha durchgedrückt wurde, während der Beilegung der politischen Krise im Februar 1948 usw.).

Andererseits entwickelten die Kommunisten mit Hilfe des Netzes nationaler Massenorganisationen (und

3) *Die Arbeiterklasse bewaffnete sich im Verlauf der nationalen und demokratischen Revolution selbst. Sie behielt jedoch ihre Waffen auch nach dem Sieg jener Revolution. Ein Teil von ihr aus den Reihen der Partisanen, der Barrikadenkämpfer und der Einheiten des in der Sowjetunion gebildeten tschechoslowakischen Korps bildeten den Kern eines neuen bewaffneten Staatsapparates, vor allem des Sicherheitsapparates unter der Kontrolle des Innenministeriums, das sich in den Händen der Kommunisten befand.*

Der andere Teil, der sogenannte Fabrikschutz, sorgte für die Sicherheit der Werke. In Fällen der Gefahr eines Angriffs von Seiten der Konterrevolution wurden einzelne Teile der Arbeiterklasse bewaffnet: Im Sommer 1947 wurden frühere Partisanen bewaffnet, um die Bänder-Gruppen in der Slowakei zu liquidieren, und als im Februar Vorbereitungen zu einer konterrevolutionären Verschwörung der Bourgeoisie aufgedeckt wurden, wurde eine starke bewaffnete Volksmiliz gebildet. Letzten Endes war es die Bewaffnung der Arbeiterklasse, die der Bourgeoisie die Lust zu einem bewaffneten Konflikt nahm und die so Blutvergiessen verhinderte und den ungestörten Ablauf der Revolution sicherstellte. (...)

So stellten die bewaffneten Teile der Arbeiterklasse eine sehr reale und konkrete Form des gegen die Konterrevolution gerichteten Druckes «von unten»

Die «Bewaffnung der Arbeiterklasse» war eine selektive Bewaffnung von Arbeitern und Nichtarbeitern nach den «Klassenkriterien» der politischen Sympathie.

und eine sehr konkrete und wirksame Unterstützung für die Arbeiterkräfte in den Staatsorganen dar. (...)

Der Druck der Volksmassen «von unten» (in der Gesamtheit all seiner Formen und konkreten Aktionen) machte es den von der Bourgeoisie kontrollierten Vertretern der anderen Parteien der Nationalen Front, die in den entscheidenden Machtorganen zahlenmässig überlegen waren, unmöglich, die Kommunisten zu isolieren und ihre Revolution aufzuhalten. So glied der Druck die zahlenmässige Schwäche der revolutionären Vertreter der Arbeiterklasse in diesen Organen aus und erhöhte ihre Stärke, er trug in entscheidendem Masse zur Billigung weiterer revolutionärer Massnahmen bei, welche die Bourgeoisie schwächten und die Macht der Arbeiterklasse festigten. *Diese Erfahrung, dass nämlich der Druck «von unten» für die ungehinderte Entfaltung der sozialistischen Revolution absolut wesentlich ist, spiegelt sich auch in vollem Masse in der Theorie der Möglichkeit des revolutionären Gebrauchs des Parlaments im Zusammenhang mit dem Weg zum Sozialismus.*

Die Kombination des Druckes «von oben» mit dem «von unten» – das ist der Weg zur allmählichen ungehinderten Brechung des Widerstandes der Bourgeoisie, zur stufenweisen Einengung und Vereitelung einer Machtdemonstration der Bourgeoisie. *Die reale Möglichkeit des Parlaments auf dem Weg zum Sozialismus liegt daher in der geballten Kraft des revolutionären handelnden Volkes, die das Parlament als revolutionäre aktive Versammlung zum Kampf für die systematische Erfüllung der Forderungen des werktätigen Volkes unterstützt. (...)*

Kann jedoch diese Kraft wirklich bewaffnete Gewalt von Seiten der Bourgeoisie unmöglich machen oder auf ein Minimum reduzieren? Diese Frage ist sehr aktuell und wird vor allem von den Genossen derjenigen kommunistischen Parteien diskutiert, die sich nach einem friedlichen Uebergang zur sozialistischen Revolution orientiert haben. Nehmen wir ein Bei-

spiel aus Frankreich, wo sich nach dem XX. Kongress der KPdSU in der Zeitschrift «France nouvelle» eine Kontroverse zwischen den Genossen H. Jannucci und Florimont Bonte entwickelte. (... Jannucci fragte:)

«Ist es überhaupt vorstellbar, dass in einem Land wie Frankreich, mit einer starken rechtsstehenden

Bourgeoisie, mit einer mustergültigen Verwaltung und mit (...) starken Militär- und Polizeikräften – est es vorstellbar, dass die Bourgeoisie ‚abtreten‘ würde aufgrund einer blossen ‚Parlamentsverordnung‘ ohne ‚Bürgerkrieg‘, ohne ‚bewaffneten Aufstand‘?» («France nouvelle», 1956, Nr. 542)

Genosse Bonte antwortete auf die vom Genossen Jannucci geäußerten Zweifel und versuchte sie zu zerstreuen, indem er sich auf Engels' Idee berief, dass die Arbeiterklasse, sobald sie die Unterstützung der Massen der werktätigen Bauernschaft und anderer ausgebeuteter Gruppen gewinnt, zur «entscheidenden Kraft wird, der sich alle anderen Kräfte nolens volens unterzuordnen haben».

Die bürgerliche Mehrheit kann durch bedarfsmässig gesteigerten Druck leicht ausgeschaltet werden.

Versuchen wir, diese Theorie mit dem Leben unserer Praxis zu erfüllen und sie so klarer und überzeugender zu machen. Nehmen wir jedoch zunächst ein konkretes Beispiel für die Kombination des Druckes «von oben» mit dem «von unten» in einer Situation, in der das Parlament schon eine machtvollere Rolle in unserer Entwicklung gespielt hatte.

Entsprechend dem Regierungsprogramm von Kosice wurde die erste grosse Landübertragung in der volksdemokratischen Tschechoslowakei durchgeführt. 2 946 395 ha Land von Grossgrundbesitzern, Feinden und Verrätern wurden konfisziert und aufgrund von Verordnungen zum Teil an 305 148 Familien von Landarbeitern, Pächtern und Kleinbauern verteilt, zum Teil den Genossenschaften, nationalen Komitees und dem Staat zur Verwaltung übergeben. Diese Bodenreform hatte die fast völlige Liquidation des Grossgrundbesitzes in den Grenzgebieten zur Folge, während die zentralen Teile des Landes von diesen Verordnungen nur in unbedeutendem Masse betroffen wurden. Grossgrundbesitzer mit über 50 ha Land und die Kirche behielten etwa 1 400 000 ha, d. h. ungefähr ein Fünftel des gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Eine wirtschaftlich und zahlenmässig starke Gruppe von Kulaken bildete auf dem Lande noch eine wichtige Kraft der Bourgeoisie, die ausserdem noch über einen starken Einfluss auf die Mittelbauern verfügte.

Die Möglichkeit eines weiteren erfolgreichen Fortschritts der Revolution hing von der Verstärkung des Einflusses der Arbeiterklasse und der KPdSU auf dem Lande ab, ferner von der Festigung und Erweiterung des Bandes zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft. Der Weg dazu

Einem westeuropäischen Land wie Frankreich können wir Beispiel sein für eine friedliche und parlamentarische Machtergreifung.

waren der Kampf für weitere Forderungen der Bauern (besonders der noch ungesättigte Landhunger), ein noch intensiverer Feldzug zur Enthüllung des wahren Gesichts der Bourgeoisie und die weitere Untergrabung der stärksten Bastion auf dem Lande – des Landbesitzes der Grossgrundbesitzer.

Die Forderung nach einer Revision der ersten Bodenreform von 1919 wurde von den Kommunisten im Programm der neuen Regierung nach den Wahlen im Mai 1946 (dem «Aufbauprogramm») durchgesetzt. Im Herbst 1946 legte das von den Kommunisten kontrollierte Landwirtschaftsministerium der werktätigen Bauernschaft diese Forderung (zusammen mit anderen) in Form eines Gesetzesentwurfs zur Stellungnahme vor (die sogenannten sechs Duris-Gesetze). Der eigentliche Kampf für die Durchführung einer Revision der ersten Bodenreform wurde so durch Druck «von oben» begonnen.

Die Erfüllung der Forderung einer Revision sollte die Grossgrundbesitzer und die ländliche Bourgeoisie und damit die Bourgeoisie als Ganzes hart treffen. Die Bourgeoisie begann daher sofort Wider-

Der richtige Weg auf dem Lande: Den Mittel- und Kleinbauern zuerst Boden geben, bevor man ihn auch ihnen wieder wegnimmt.

Vorbedingung für den «Druck von unten» ist es, dass er durch die KP eingesetzt und kontrolliert wird.



Dank ihrer Kontrolle über Innenministerium und Staatssicherheitsdienst konnte die KP als bewaffnete «Arbeitermiliz» jenen Teil der Bevölkerung aufmarschieren lassen, den sie über ihre Organisationen kontrollierte (Bild oben). Um die Bauernschaft zu markieren, transportierte man von überall her passende Leute in die Hauptstadt und liess sie dort im Sinne der Parteiparolen demonstrieren (Bild unten). In beiden Fällen bildeten diese «Massen» nur eine Minderheit.

stand zu leisten, wobei sie sich ihrer Positionen in der Führung der anderen Parteien der Nationalen Front bediente. Sie versuchte, die Verabschiedung dieses Gesetzes zu verhindern oder es wenigstens zu beschneiden und auf diesem Wege den Grossgrundbesitz zu erhalten. Um die Verabschiedung dieses Gesetzes entbrannte ein scharfer Klassenkampf mit der Bourgeoisie.

Der vom Landwirtschaftsministerium (...) durch die Vorlage des Gesetzesentwurfes und durch die offene Aufforderung an die werktätige Bauernschaft, dazu Stellung zu nehmen, ausgeübte Druck «von oben» löste gleichzeitig einen starken Druck «von unten» aus.

Die Bauern diskutierten auf ihren Zusammenkünften die Vorschläge des Gesetzesentwurfes, und die überwältigende Mehrheit forderte seine Annahme. In den Dörfern, in denen von der Revision betroffenes Land vorhanden war, wurden «Bauernkommissionen» als Organe der Anwärter auf Land (der landlosen, der Klein- und Mittelbauern) gebildet.

Die Forderung einer Revision wurde stark von den lokalen Nationalkomitees (die den Druck «von unten» gegenüber den höheren Verwaltungsorganen, dem Parlament und der Führung der anderen Parteien in der Nationalen Front bildeten), vom Vereinigten Bund der tschechischen Bauernschaft und von den lokalen Organisationen der anderen politischen Parteien unterstützt.

Um die Wirkung des Druckes «von oben» und des Druckes «von unten» auf die Bourgeoisie zu erhöhen, proklamierten die Kommunisten (im Namen des Landwirtschaftsministeriums) zusätzliche weitreichende Forderungen für die werktätige Bauernschaft, das sogenannte «Hradec-Programm». Seine Hauptforderungen waren die Aufteilung aller über 50 ha grossen Güter sowie die vollständige Liquidation allen Landbesitzes, welcher der Spekulation diene. (...)

Das nach dieser Forderung der Aufteilung unterliegende Land belief sich auf 432 905 ha in 9540 Gemeinden, d. h. in zwei Dritteln aller Gemeinden des ganzen Landes. Das bedeutete, dass zusätzliche Massen von Klein- und Mittelbauern in den entscheidenden Kampf für die Liquidation des Grossgrundbesitzes (und die anderen Forderungen) einbezogen wurden.

Der Kampf für eine Revision der ersten Bodenreform trat in das nächste, entscheidende Stadium. Im Sommer wurde die Gesetzesvorlage vom Parlament debattiert. Die Kommunisten benutzten diese Debatten, um die bürgerliche Führung der Sozialistischen Volkspartei, der Volks- und der Demokratischen Partei zu entlarven und nachzuweisen, dass sie wütend die Grundbesitzer und Feinde der werktätigen Bauernschaft verteidigte. Jeder Versuch der Bourgeoisie, die Gesetzesvorlage zu vereiteln, sie zu verzögern oder zu begrenzen, wurde von den Kommunisten im Parlament in die Öffentlichkeit gebracht und angeprangert. Allein am 9. und 10. Juni veröffentlichte das Zentralorgan der Partei, «Rudé Pravo», eine Anzahl solcher im Sitzungssaal des Parlaments gemachter Enthüllungen (...).

Der kommunistische Druck in Regierung und Parlament (der Druck «von oben») rief immer entscheidender den Druck «von unten» hervor. Tausende von Resolutionen von den Versammlungen der Bauern, in denen die unverzügliche Verabschiedung dieser Gesetze gefordert wurde, wurden dem Parlament und der Regierung übermittelt. Sätze wie folgender standen in den Resolutionen, die auch von den

«Die Bauern» waren nicht etwa die Landwirte, sondern jene ländlichen oder auch aus der Stadt importierten Kräfte, die von der KP organisiert wurden.

«... proklamierten die Kommunisten im Namen des Landwirtschaftsministeriums ...»

Dorforganisationen der Sozialistischen Volkspartei, der Volks- und der Demokratischen Partei unterzeichnet waren: «... nun erkennen wir, wer für und wer gegen uns ist.» Dutzende von Bauernkommissionen, die aus Mitgliedern aller politischen Parteien bestanden, kamen zum Parlament und warnten die Führung der bürgerlichen Parteien nachdrücklich davor, die Erfüllung ihrer Forderungen hinauszuzögern, deren unverzügliche Durchführung sie verlangten. (Die grösste dieser Delegationen bestand z. B. aus 57 Mitgliedern der Sozialistischen Volkspartei, 35 Mitgliedern der Volkspartei, 38 Sozialdemokraten, 153 Kommunisten, 15 Mitgliedern ohne politische Bindung und 48 Mitgliedern, die nicht angaben, zu welcher politischen Partei sie gehörten.)

Im Jahre 1946 begannen die Kommunisten dafür zu kämpfen, der werktätigen Bauernschaft mehr Land zu übergeben. (...) Sie forderten die Revision der 1919 (...) durchgeführten Bodenreform. Die Revision betraf insgesamt 1 027 529 ha Land, und ihre

Realisierung bedeutete die vollständige Liquidierung der Gruppe der Grossgrundbesitzer mit über 150 ha Ackerland oder über 250 ha landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, der Gruppe der sogenannten «Restgüter-Besitzer» und der Bodenspekulanten.

Am 11. Juli schlossen sich der Druck «von oben» und der Druck «von unten» wie die Backen einer Zange. Die Bourgeoisie, deren Positionen sichtlich erschüttert waren, musste weichen. Die Vorlage über die Revision der ersten Bodenreform wurde vom Parlament verabschiedet.

Die Folgen dieses Sieges waren: die Liquidation von noch mehr ökonomischen Positionen der Bourgeoisie auf dem Dorf, eine grosse politische Niederlage der Bourgeoisie (ihre wachsende Isolierung) sowie eine bedeutende Stärkung und Verbreiterung des Bandes zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft. Die Bauern erkannten, dass sie mit direkter politischer, organisatorischer und materieller Hilfe der Arbeiterklasse einen erfolgreichen Kampf gegen ihren Erzfeind, den Grundbesitzer, und seine Helfershelfer führen konnten. Ständig wachsende Massen von Bauern traten in Parteipositionen über und unterstützten die politische Linie der Partei, die auf eine weitere Vertiefung der Revolution gerichtet war. (Fortsetzung folgt)

Migrationsrecht und Abrüstung gehören dazu

②

«Die Entspannung ist unteilbar»

Valerij Tarsis kommentiert einen weiteren Teil von A. D. Sacharows «Mein Land und die Welt»

In der letzten ZB-Nummer ist es die Sowjetgesellschaft gewesen, die mit ihren systemimmanenten Schwächen und Schwierigkeiten zur Darstellung gelangte, wie sie Andrej Sacharow, der Wissenschaftler und Friedensnobelpreisträger, beobachtet hat. Zwei weitere Themenkreise folgen heute. Sie zeigen die Verflechtung von Sowjetpolitik und Weltgeschehen.

«Prüfstein für den Entspannungsverlauf»

Die freie Wahl des Aufenthaltslandes (Kap. 2) bzw. das Recht auf Aus- und Rückreise nennt Sacharow den «Prüfstein für den Entspannungsverlauf».

«Die Regierung der UdSSR hat die [zwei relevanten UNO-]Übereinkommen 1973 ratifiziert, vor den anderen Grossmächten, doch die Praxis der Realisierung vieler Rechte, darunter des Rechts auf freie Wahl des Aufenthaltslandes, so wie das Fehlen entsprechender Garantien in der inländischen Gesetzgebung geben Anlass zu ernster Sorge.» (S. 37; Hervorhebung von V. T.)

Zehntausende von Juden, Hunderttausende von Deutschen warten auf Ausreiselerlaubnis — und erhalten statt dessen oft ein Billett ins Lager oder in die Verbannung. Naspiz und Zytlenok, so berichtet der Autor (S. 43, Fussnote), handelten für

A. D. Sacharow: «O strane i mire» (russ.), New York 1975, 79 Seiten. Die Zitate beziehen sich auf den russischen Text. Deutsche Ausgabe: «Mein Land und die Welt», Molden-Verlag, Wien, 120 Seiten, Fr. 17.60.

ihre 15-Sekunden-Demonstration fürs Ausreiserecht 5 Jahre Verbannung ein ... Noch häufiger wird das Ausreisegesuch mit einem blauen Brief quittiert; danach kann man den Arbeitslosen legal als «Schmarotzer» nach Sibirien verschicken.

Eingehend nimmt Sacharow zur Haltung der amerikanischen Politiker Stellung, die bekanntlich den Status der Meistbegünstigung in der Kreditgewährung mit gewissen Ausreisegarantien für Sowjetbürger (namentlich jüdische) verknüpften. England, Frankreich, Iran und Japan sprangen sogleich in die Lücke — kurzzeitig, unsolidarisch.

«Ich halte dafür, dass die Annahme des Zusatzes zum Handelsgesetz durch den Kongress der USA ein Akt von historischer Bedeutung ist ...» Es handle sich keineswegs um «Einmischung» in innersowjetische Angelegenheiten, da die UdSSR die internationalen Abkommen ratifiziert hat und deren Einhaltung «für die Gewährleistung internationalen Vertrauens und einer Oeffnung der Sowjetgesellschaft von erstrangiger Bedeutung» ist (S. 39).